

Marc Jan Eumann, Der Deutsche Presse-Dienst. Nachrichtenagentur in der britischen Zone 1945–1949. Die Geschichte einer Medieninstitution im Nachkriegsdeutschland, Herbert von Halem Verlag, Köln 2011, 252 S., kart., 26,00 €.

Die Geschichte der Nachrichtenagenturen in Deutschland ist sowohl von der historischen Forschung als auch von den Medien- und Kommunikationswissenschaften lange Zeit sträflich vernachlässigt worden. Marc Jan Eumann konstatiert daher zu Beginn seiner Untersuchung des Deutschen Presse-Diensts (dpd) vor allem das Fehlen wissenschaftlicher Vorarbeiten. Lediglich zur DENA, der Nachrichtenagentur in der amerikanischen Besatzungszone, liegt eine eigene Studie vor. Eumann leistet daher notwendigerweise Grundlagenforschung und konzentriert sich in seiner 220 Seiten umfassenden Darstellung vor allem auf die institutionelle Geschichte des dpd.

Die Nachrichtenagentur der britischen Zone existierte unter wechselnden Bezeichnungen vom Juli 1945 bis zu ihrer endgültigen Liquidierung 1953. Eine eigenständige Lizenz erhielt sie hingegen erst im Juli 1947. Im September 1949, zeitgleich mit der Gründung der Bundesrepublik, fusionierte der dpd mit der amerikanischen und der französischen Nachrichtenagentur zur Deutschen Presse-Agentur (dpa), die bis heute als wichtigste deutsche Nachrichtenagentur gelten kann.

Eumanns Darstellung endet mit dieser Fusion, die Jahre 1949 bis 1953 werden nicht miteinbezogen. Der Autor interessiert sich in erster Linie für die Monopolstellung des dpd in der britischen Zone und fragt, inwieweit der Agentur der ihr vorgeschriebene Spagat gelang, einerseits als Herrschaftsinstrument der britischen Militärregierung zu fungieren und andererseits zum Übergang zu einer demokratischen Gesellschaft beizutragen. Im Spannungsfeld zwischen Re-education-Instrument und unabhängiger Agentur sieht er die vorherrschende Problematik während der kurzen Existenz des dpd (S. 16f.).

Teils aus Mangel an überlieferten Originalmeldungen des dpd, teils aufgrund der erschlagenden Fülle von Zeitungsberichten, die auf dpd-Material beruhten, thematisiert Eumann dieses Spannungsverhältnis jedoch nicht auf der inhaltlichen Ebene. Der Leser erfährt so gut wie nichts von der redaktionellen Arbeit der Agentur (S. 22). Stattdessen konzentriert sich der Verfasser auf die Nachlässe entscheidender Protagonisten des dpd sowie des Nordwestdeutschen-Zeitungsverleger-Vereins, also den Lizenznehmern der Agentur (S. 23). Die Darstellung folgt in ihrem Aufbau den normativen Vorgaben der britischen Regierung, das heißt den grundlegenden Kontrollratsdirektiven sowie den Gesetzestexten der Alliierten Hohen Kommission (S. 26).

Am Beginn der Studie steht jedoch ein kurzes und etwas isoliertes Kapitel zur Geschichte der Nachrichtenagenturen vor 1945. Dieses gehört nicht nur wegen der fehlenden Anbindung zu den schwächeren der Arbeit. Hier fehlt der Rückgriff auf die neueste Forschung, insbesondere in Bezug auf die großen ausländischen Agenturen. Eumann will einen „nachrichtenpolitische[n] Sonderweg in Deutschland“ (S. 38) vor dem Zweiten Weltkrieg aufzeigen, um so auf fehlende Anknüpfungspunkte der vier Agenturen in den Besatzungszonen hinzuweisen.

Sowohl die britischen als auch die amerikanischen Entscheidungsträger wollten keine Kontinuität mit der deutschen Pressetradition vor 1933 (S. 46). Stattdessen sollte die amerikanische Associated Press (AP) als organisatorisches und redaktionelles Vorbild dienen (S. 33). Obwohl insbesondere die Amerikaner für eine schnelle Zentralisierung der Nachrichtenpolitik plädierten, blieb das Pressewesen bis 1949 hauptsächlich in den Händen der jeweiligen Zonenregierungen. Die Verantwortlichkeit der „Psychological Warfare Division“ auf amerikanischer sowie der „Political Warfare Executive“ auf britischer Seite verdeutlicht dabei, inwieweit die Agenturen als Instrument der Besatzungspolitik gehandhabt wurden. Dies galt auch für die Zeitungen, also die Kunden der Agenturen, obwohl bereits 1946 deutsche Berichte in der britischen Zone zumindest teilweise zugelassen wurden. Medienpolitik diente den Besatzern explizit zur Umerziehung der Bevölkerung. „Meinungsäußerungen mussten getrennt von

der Nachrichtenvermittlung dargestellt werden. Die Nachrichten sollten den Leser in die Lage versetzen, sich ein eigenes, unabhängiges Bild zu machen“ (S. 51).

In den folgenden Kapiteln konzentriert sich die Darstellung zunehmend auf einzelne Personen. Dies betrifft zunächst Sefton Delmer, den britischen Gründer des dpd. Delmer war lange Zeit Auslandskorrespondent des Daily Express gewesen, bevor er während des Zweiten Weltkriegs für die Radiostation „Gustav Siegfried Eins“ verantwortlich zeichnete. Damit veränderte er für einige Jahre seine journalistische Zielsetzung. Statt „Aufklärung und Überzeugung“ ging es nun dezidiert um „Irreführung und Subversion“ (S. 55). Delmer war es dann auch, der Hamburg als Standort des dpd durchsetzte.

Eumann vergleicht die Arbeit des dpd mehrmals mit dem Prinzip des „indirect rule“ des britischen Kolonialismus (S. 67). Den deutschen Redakteuren wurde nur so lange freie Hand gewährt, wie sie mit ihren Berichten keine britischen Interessen verletzen. Die gesamten Auslandsmeldungen des dpd bezog die Agentur ohnehin von ihren ausländischen Partnern wie Reuters und der Agence France Presse. Nachdem die dpd-Meldungen zunächst nach London ferngeschrieben und von dort an die britischen Zeitungen gefunkt wurden, konnte die Agentur ab April 1946 auf das Fernschreibenetz der Deutschen Post zurückgreifen. Somit war sie immerhin auf infrastruktureller Ebene von den Briten unabhängig geworden.

Ebenso ging die Finanzierung, die anfangs allein durch die Militärverwaltung gewährleistet worden war, sukzessive auf die einzelnen Abonnenten, also die Zeitungen in der britischen Zone, über. In Anlehnung an das amerikanische Modell wurden die Beiträge nach der jeweiligen Auflagenhöhe gestaffelt. Genauso wie bei der AP hatte jedoch jede Zeitung unabhängig von ihrer Größe das gleiche Stimmrecht (S. 123). Der entscheidende Unterschied bei der Organisation zwischen britischer dpd und amerikanischer DENA lag, und dies ist eines der Hauptargumente der Darstellung, in der jeweiligen Entnazifizierungspraxis. Diese fiel bei den Briten wesentlich pragmatischer und weniger streng aus als bei ihren amerikanischen Kollegen (S. 65f. und 213). Daher sah sich die britische Agentur auch ein ums andere Mal dem Vorwurf der Unprofessionalität ausgesetzt (S. 93). Im gleichen Atemzug bemühte sich die Besatzungsmacht jedoch um eine gleichwertige Beteiligung aller deutschen Parteien, die jeweils einen Vertreter in die jeweiligen Gremien entsenden durften. Zu einer Beteiligung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten kam es hingegen nicht.

Der entscheidende Protagonist auf deutscher Seite innerhalb des dpd war Fritz Sänger, der zuvor bereits den Sozialdemokratischen Pressedienst ins Leben gerufen hatte (S. 111). Dieses parteipolitische Engagement führte immer wieder zu harten Auseinandersetzungen, die Sänger jedoch auf Grund seiner ausgeglichenen Arbeit als Chefredakteur unbeschadet überstand. Mehr als das: Fritz Sänger wurde 1949 sogar zum leitenden Redakteur der dpa berufen, die ihren Sitz ebenfalls in Hamburg haben sollte. Allein Konrad Adenauer konnte sich mit dieser Personalie nie vollends anfreunden, so dass Sänger aufgrund der anhaltenden Kritik 1959 den Büttel schließlich hinwarf.

Bei alledem erfährt der Leser kaum etwas von der Arbeit der anderen Agenturen in den jeweiligen Zonen. Die Sowjets lizenzierten ihre Agentur, die ADN, immerhin bereits 1946. Die Franzosen übergaben die Südena hingegen erst ab 1947 schrittweise in deutsche Hände. Die im August 1949 beginnenden Fusionsverhandlungen zwischen dpd und Südena werden – anders als die mit der DENA – lediglich kurz erwähnt (S. 207).

Die Darstellung bleibt beständig an ihrem Untersuchungsgegenstand; eine Einbettung in die unmittelbare deutsche Nachkriegsgeschichte findet nicht statt. Stattdessen hebt Eumann immer wieder auf den dpd als britisches Herrschaftsinstrument ab, wobei er letzten Endes zu einem paradoxen Ergebnis gelangt: „Die Kombination der Instrumente, Kontroll- und Lizenzierungsbestimmungen, Vor- und Nachzensur sowie Auflagennachrichten, verbunden mit der Leitidee ‚Re-education‘ und einer individuellen Entnazifizierungspraxis, bewirkten, dass der dpd eine unabhängige Medieninstitution werden konnte“ (S. 214). Diese „Doppelnatur des dpd“ (S. 87) steht neben den Personalien und der institutionellen Organisation im Vordergrund der Analyse. Alles in allem sieht Eumann zum Zeitpunkt der Gründung der dpa den Balanceakt zwischen „objektiv dargestellten Tatsachen“ (S. 137) und einem genuinen Public-Relations-Instrument der Briten (S. 139) als gelungen an. Dies ist ein Argument, das ohne den Rückgriff auf die inhaltliche Arbeit der Agentur jedoch nur bedingt zu überzeugen vermag.

Dem Leser wird damit eine gut recherchierte, stellenweise jedoch zu unkritische Erfolgsgeschichte der frühen Bundesrepublik präsentiert.

Volker Barth, Köln

Zitierempfehlung:

Volker Barth: Rezension von: Marc Jan Eumann, Der Deutsche Presse-Dienst. Nachrichtenagentur in der britischen Zone 1945–1949. Die Geschichte einer Medieninstitution im Nachkriegsdeutschland, Herbert von Halem Verlag, Köln 2011, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 53, 2013, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81452>> [18.4.2013].